

Bern



BLS geht aufs Ganze
Nun beginnt die Planung für den Ausbau des Lötschbergtunnels. 19

Neues Leben in alten Gemäuern

Im einzigen Berner Geburtshaus in Biel ist der Platz zu knapp. Jetzt wollen die Hebammen in ein historisches Gebäude nach Ostermundigen ziehen. Dort könnten künftig doppelt so viele Kinder wie in der jetzigen Institution zur Welt kommen.

Sophie Reinhardt

In das Wegmüllerhaus in Ostermundigen soll wieder Leben einkehren. In dieses denkmalgeschützte Bauernhaus an der Oberdorfstrasse soll nächstes Jahr das Geburtshaus Luna einziehen. «Unser jetziges Haus ist zu klein, es platzt aus allen Nähten», sagt Susanne Claus, Geschäftsführerin des Geburtshauses Luna in Biel. Darum hat Claus Anfang Jahr das Haus in Ostermundigen gekauft, 1,4 Millionen Franken hat sie dafür aufgebracht. Während in Biel zwei Zimmer von Wöchnerinnen bewohnt werden, soll es in Ostermundigen dereinst fünf Zimmer geben. Auch für die elf angestellten Hebammen gebe es momentan zu wenig Garderobe, Büro und ein Pikettzimmer.

«Unser jetziges Haus ist zu klein, es platzt aus allen Nähten.»

Susanne Claus, Geburtshaus Luna, Biel



Susanne Claus, Geschäftsführerin des Geburtshauses Luna, hat ein denkmalgeschütztes Haus in Ostermundigen erworben. Foto: Adrian Moser

Seit Sommer 2013 kommen am Spital Riggsberg keine Kinder mehr zur Welt, und auch das Geburtshaus in Oberburg schloss 2010. Seitdem ist das Luna-Haus das einzige Geburtshaus im Kanton, auch deshalb wollte Claus in die Nähe von Bern ziehen: «Wir möchten dort den Frauen einen geschützten Rahmen ausserhalb einer intensiven Medikalisierung der Geburt bieten.» 100 Kinder erblickten letztes Jahr in der Institution in Biel das Licht der Welt. Insgesamt wurden 129 Familien im internen Wochenbett versorgt. Unter den Müttern waren auch solche, die eigens aus Bern angereist waren.

Geburten verdoppeln

Durch diesen Standortwechsel könnten noch mehr Bernerinnen den Weg zu Luna finden, hofft Claus: «Im neuen Haus könnten wir dereinst doppelt so viele Geburten und Betreuung durchführen.»

Doch bevor die Umzugskisten überhaupt gepackt werden können, muss das nötige Geld vorhanden sein. «Rund eine Million fehlt uns noch, um den Umbau zu finanzieren», sagt die ausgebildete Hebamme. Das grosse, 1827 errichtete Bauernhaus muss komplett saniert werden. Claus rechnet, dass für den Umbau Kosten von drei Millionen Franken anfallen werden. Weil der Wohnbereich des Hau-

ses denkmalgeschützt ist, darf er nur sanft renoviert werden. Dagegen wird der Arbeitsbereich komplett saniert. «Zwei Arbeitsräume und auch eine ausgebaut Küche sollen im Bauernhaus neben den Zimmern Platz finden.» Auch ein Kursraum wird eingebaut, in dem künftig beispielsweise Geburtsvorbereitungskurse oder Rückbildungsgymnastik stattfinden kann. Claus hofft, den Umzug schon nächsten Sommer vornehmen zu können. Dann wird schon bald der erste Babyschrei in den alten Sandsteinmauern zu hören sein.

Kanton noch nicht im Boot

Mit dem Kanton ist die Geschäftsführerin bereits im Gespräch. Ob sich dieser aber finanziell am Haus beteiligt, ist noch unklar, wie es auf Anfrage beim Spitalamt heisst. «Wir haben sehr star-

kes Interesse daran, dass Frauen alternativ gebären können», sagt dessen Vorsteherin Annamaria Müller. Es sei aber noch verfrüht zu sagen, ob sich der Kanton am Geburtshaus beteilige. «Wir wecken keine Hoffnungen, sondern prüfen jetzt die Eingabe, uns fehlen aber noch einige Informationen der Antragsteller», sagt Müller.

Günstigere Geburten

Beim Verband der Schweizer Hebammen würde man es begrüssen, wenn der Kanton den Hebammen von Luna unter die Arme griffe: «Es ist wichtig, dass Frauen aussuchen können, wo sie gebären», sagt Marianne Haueter, Präsidentin der Berner Sektion des Schweizerischen Hebammenverbandes. Darum sei es wichtig, wenn auch im Kanton Bern ein Geburtshaus bestünde, auch weil

Frauen dort mehrheitlich zufriedener seien als im Spital. Zudem würden dort weniger «unnötige Interventionen» vorgenommen. Zudem sei dieses Modell auch finanziell gesehen eine gute Sache: «Bei einer gesunden, von Hebammen geleiteten Geburt sind Gynäkologe und Kinderarzt unnötig.» Im Spital seien aber auch bei unproblematischen Geburten spezialisierte Fachkräfte anwesend, was die Geburt verteuere. «Deshalb müsste es doch auch im Interesse des Kantons sein, diese nachhaltige Art von Geburten zu unterstützen», argumentiert Haueter. Es gehe aber bei diesem Entscheid um eine politische Frage, hält sie fest. «Und da die Zeichen der Spitalpolitik momentan eher auf Zentralisierung stehen, ist zu befürchten, dass sich der Kanton finanziell nicht am Haus beteiligen will.»

Genossenschaft Für Geburten

In Zweisimmen greift man zur Selbsthilfe. Nachdem die Geburtshilfe im Spital Zweisimmen im April geschlossen worden ist, ist nun eine Genossenschaft gegründet worden. Deren Absicht ist es, in Zweisimmen ein Geburtshaus zu gründen. Die Genossenschaft Maternité Alpine möchte es ermöglichen, dass gesunde Frauen mit keinem oder nur einem leicht erhöhten Risiko für Komplikationen zum Gebären nicht eigens nach Thun reisen müssen. Voraussetzung für das Modell ist aber, dass die Hebammen von Maternité Alpine bei Komplikationen Zugang zu Operationsräumlichkeiten im Spital Zweisimmen haben. Die Projektgruppe hat deshalb Kontakt zur Leitung des Spitals, der STS AG Thun, aufgenommen. Deren Entscheid steht noch aus. (sio)

Der GPK-Bericht zum Asylwesen bemängelt die fehlende Strategie

Die Polizei- und Militärdirektion hat gemäss GPK diverse Abläufe verbessert. Einzig bei der Strategie hapere es noch, kritisiert sie in ihrem Bericht.

Eva Pfister

Das Positive gleich vorweg: Das Departement von Polizei- und Militärdirektor Hans-Jürg Käser (FDP) hat seine Strukturen und Abläufe im Asylbereich verbessert. Zu diesem Schluss kommt die GPK, die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates. Die Überprüfung des bernischen Asylwesens hatten diverse Grossräte Anfang 2013 gefordert. Nun liegt der Bericht der GPK vor. Die Bilanz: Die meisten Empfehlungen der Oberaufsichtskommission (OAK) seien ganz oder teilweise umgesetzt worden. Insbesondere die Zusammenarbeit der beiden Fachbereiche Asyl

und Finanzen habe sich verbessert, schreibt die GPK.

Die Polizei- und Militärdirektion (POM) zeigt sich in einer Stellungnahme zufrieden mit dem Bericht: Die Kommission habe die Arbeit des Amtes für Migration und Personenstand (MIP) und des Migrationsdienstes (Mid) «grundsätzlich positiv gewürdigt», hält sie fest.

Keine Strategie für die Gegenwart

Es gibt aber auch Kritik seitens der GPK: So sei die Forderung nach finanzieller Transparenz noch nicht vollends umgesetzt worden, und - noch zentraler: Es fehle weiterhin eine Asylstrategie. Die POM habe zwar eine Asylstrategie entwickelt, allerdings erst für die Zeit nach dem geplanten Systemwechsel des Bundes.

Die für 2018 geplante Neuorganisation sieht vor, dass alle Asylverfahren direkt vom Bund abgewickelt werden und die Asylsuchenden ausschliesslich in Bundeszentren untergebracht werden.

Für die Zeit bis zur Reorganisation existiere keine Strategie, resümiert die GPK.

Für den Vizepräsidenten der Kommission, Fritz Rucht (SVP), ist das kaum nachvollziehbar, würden doch bereits seit 2013 klare Zielsetzungen gefordert. «Es ist unverständlich, dass in den letzten Jahren, in denen die Asylgesuche überschaubar waren, nichts in Sachen Strategie unternommen wurde», sagt er auf Anfrage. Ausgerechnet jetzt, wo MIP und Mid operativ derart gefordert sind, seien Fortschritte bei der Strategieentwicklung sichtbar. «Offenbar brauchte es den Druck der Finanzkontrolle und der GPK», resümiert Rucht.

Keine klaren Zielsetzungen

In ihrem 27-seitigen Bericht schreibt die Geschäftsprüfungskommission, dass zumindest Anfang 2015 nicht klar gewesen sei, welche Stossrichtung die POM mit dem Asylwesen verfolgte. Die Zielsetzungen seien auf allen Ebenen von MIP und Mid unklar gewesen, sagt Fritz Rucht

auf Nachfrage. Sowohl intern als auch in der Kommunikation mit den Vertragspartnern, die Asylsuchende unterbringen, habe es Unklarheiten gegeben. Der SVP-Grossrat hält aber fest, dass die strategische Planung in der momentanen Situation mit zunehmenden Asylgesuchen

aussergewöhnliche Anstrengungen verlange. Polizei- und Militärdirektor Hans-Jürg Käser war gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

«Unkonventionelle Lösungen»

Reagiert auf den Bericht der GPK haben indes Grüne und SP. Beide Kantonalparteien fordern in ihren Communiqués eine lösungsorientierte kantonale Asylstrategie; insbesondere erwarten sie von Regierungsrat Hans-Jürg Käser, dass er rasch genügend geeignete Unterbringungsmöglichkeiten für Asylsuchende bereitstellt. SP-Grossrätin Ursula Brunner fordert von Käser, auch unkonventionelle Lösungen zu prüfen. Als Beispiele nennt sie das demnächst leer stehende Zieglerhospital, den Mysterypark in Interlaken sowie leerstehende Ferienwohnungen.

Die GPK kommt erst in ein bis zwei Jahren auf das Thema «Asylstrategie» zurück, sagt Rucht. Bis dahin wolle man MIP und Mid in Ruhe arbeiten lassen.

«In den letzten Jahren wurde nichts in Sachen Strategie unternommen.»

Fitz Rucht, Vizepräsident GPK